

Protokoll der 12. Sitzung

**Donnerstag, 3. Dezember 2024, 19.00 - 21.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Marc Jaisli, Präsident

Protokollführerin

Andrea von Känel Briner, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzählerinnen

- Chrisoula Giata
- Claudia Lupoli

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 20.

Entschuldigt ist Raphael Donati.

Traktandenliste

1. Bericht zum Postulat von Denise Zeller Xenaki betreffend Überprüfung der Beschaffungs- und Finanzierungsform der EDV-Hardware für die Gemeindeverwaltung.
2. Budget 2025
3. Bericht zum Postulat von Werner Schenker betreffend die Verschuldung der Gemeinde Buchs - Bitte um Stellungnahme des Gemeinderates.
4. Einrichtung eines zweiten Verwaltungsstandorts am Steinachermattweg 2a. Bauliche Anpassungen. Anschaffung von Mobilien und Umzugskosten. Kreditbegehren.
5. Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Buchs und der Interkommunalen Anstalt "Spitex Region Aarau". Genehmigung.
6. Postulat von Bernhard von der Crone, SP und Grüne, betreffend Sicherheit der Zubringerdienst-Zonen analysieren und verbessern (wird vom Gemeinderat entgegengenommen).
7. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Beendigung des integrativen Schulmodells (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
8. Eingänge
9. Verschiedenes

Herr Roman Häusler: Ich stelle den **Ordnungsantrag**, Traktandum 2 mit dem Traktandum 3 zu tauschen. Grund dafür: Wir haben das Gefühl, dass es dem Traktandum 3, das neu zu Traktandum 2 werden soll, mehr gebührt, wenn es vor dem Budget steht, als wenn es nach dem Budget steht. Denn wir haben doch recht lange auf die Beantwortung von Werner Schenker's Postulat warten müssen:

Das Traktandum 3, Bericht zum Postulat von Werner Schenker betreffend die Verschuldung der Gemeinde Buchs - Bitte um Stellungnahme des Gemeinderates., soll zum Traktandum 2 werden.

Abstimmung Ordnungsantrag

Dem Antrag wird mit **35 : 3 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **zugestimmt**.

Bericht zum Postulat von Denise Zeller Xenaki betreffend Überprüfung der Beschaffungs- und Finanzierungsform der EDV-Hardware für die Gemeindeverwaltung.

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. Oktober 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Roman Häusler (erläutert Vortrag mit Präsentation): Eingereicht wurde auch dieses Postulat bereits vor einer ganzen Weile, nämlich am 16. Juni 2020. An der darauffolgenden Sitzung des Einwohnerrates am 21. Oktober 2020 wurde es diskussionslos überwiesen. In diesem Postulat sollte es um die Beschaffung der EDV-Hardware für die Gemeindeverwaltung und eine Kosten-Nutzen-Analyse vor dem nächsten Vertragsabschluss im 2023 gehen. Das war vor zwei Jahren, was heisst, dass wir zwei Jahre EDV-Anschaffung gespart haben. Für diejenigen, die für die EDV-Beschaffung zuständig sind, ist das Sparen sicher umständlich, aber auf der anderen Seite ist das eine sehr kostspielige Sache.

Zu den aktuellen Kompetenzen für dieses Geschäft: Geregelt wurden diese an der Einwohnerratssitzung vom 19. Juni 2002, an der dem Gemeinderat die vollumfänglichen Kompetenzen mit 38 : 1 Stimmen zugewiesen wurde, so ist es auch noch heute. Die aktuelle Infrastruktur wurde 2018 bestellt und im ersten Halbjahr 2019 in Einsatz genommen. Sie umfasst 6 Notebooks, 50 mini PC's mit je 2 Bildschirmen, 30 Drucker, 6 Barcodedrucker und 3 Serveranlagen mit diversem Zubehör wie Mäuse, Tastaturen, Switches, Kabel usw.

Der Gemeinderat hat jetzt zwei Abklärungen gemacht, einerseits hat er einen Cyber Security Bericht erstellt, um zu schauen, wie wir hinsichtlich des Sicherheitsthemas stehen. Hierzu gibt es Punkte von 0 (nicht umgesetzt) bis 4 (dynamisch umgesetzt). Es gab die Hoffnung, dass wir es da bis 2.5 Punkten schaffen, zwischen teilweise umgesetzt und umgesetzt, wir stehen aber leider nur bei 1.9 von 4 Punkten. Es besteht also Handlungsbedarf.

Bei der zweiten Abklärung ging es darum, wie man die Informatik finanzieren will und welches Betriebsmodell man möchte. Hier hat der Gemeinderat den Kauf und die Miete/das Leasing untersucht. Beim Kauf ist anzufügen, dass es sehr hohe Erstinvestitionskosten generiert und sehr teure Aufrechterhaltungskosten nach sich ziehen würde. Bei der Miete oder dem Leasing sind keine Erstinvestitionen nötig. Zum Betriebsmodell: Entweder macht man es Inhouse oder ausser Haus, das heisst entweder hat man eine eigene Informatikabteilung oder man gibt es auswärts. Auch das hat man angeschaut. Die Schaffung einer eigenen Informatikabteilung würde hohe Kosten bedeuten, man müsste eine Person für die Informatik anstellen, was heutzutage sicher nicht einfach sein dürfte mit dem Fachkräftemangel. Man hätte also ein hohes eigenes Risiko und die Kosten würden sich schätzungsweise auf Fr. 353'000.-- pro Jahr belaufen. Wenn man es auswärts gibt, dürfte man ein vertraglich definiertes Niveau mit Wartung und Betrieb erwarten und einen Vollservice, man könnte also anrufen, wenn ein Problem besteht. Die Kosten sind immer noch hoch, aber immerhin fast nur noch die Hälfte, bei Fr. 197'000.--. Der Gemeinderat hält also am bisherigen Finanzierungsmodell (Miete) und Informatikbetriebsmodell (Outsourcing) fest.

Ich habe die Kosten für die Erneuerung der IT-Infrastruktur zusammengestellt: Im Frühjahr 2024 hat man es ausgeschrieben und ihr könnt euch an die letzte Einwohnerratssitzung am 17. Oktober 2024 erinnern, da haben wir das Budget 2025 zurückgewiesen. Am 23. Oktober 2024 haben die Anbieterpräsentationen stattgefunden. Da hat sich leider gezeigt, dass man das Budget leider nicht einhalten kann und die Kosten um Fr. 40'000.-- von Fr. 157'400.-- auf Fr. 197'400.-- gestiegen sind, über diese Zahlen müssen wir jetzt diskutieren.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 8 : 0 Stimmen, vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat von Denise Zeller Xenaki sei von der Kontrolle abzuschreiben.

Abstimmung

Dem Antrag wird **einstimmig mit 39: 0 Stimmen zugestimmt**.

Bericht zum Postulat von Werner Schenker betreffend die Verschuldung der Gemeinde Buchs - Bitte um Stellungnahme des Gemeinderates.

(Botschaft des Gemeinderats vom 15. Oktober 2024)

Herr Samuel Hasler (erläutert Vortrag mit Präsentation): Die Ausgangslage: Im Dezember 2020 hat der Einwohnerrat Werner Schenker von den Grünen ein Postulat eingereicht betreffend die Verschuldung der Gemeinde Buchs - Bitte um Stellungnahme des Gemeinderates. Dieses Postulat wurde an der darauffolgenden Einwohnerratssitzung im März 2021 einstimmig und vor allem diskussionslos überwiesen. Als Basis für die Beantwortung war damals die Finanzstrategie der Legislaturperiode 2018 - 2021, in der der Gemeinderat festgelegt hatte, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 5 % sinken und die Nettoschuld max. Fr. 3'500.-- pro Einwohner oder Einwohnerin betragen soll. Im Zeithorizont des darauffolgenden Aufgaben- und Finanzplans 2021 - 2024 waren sämtliche Ziele noch erreichbar, in der langfristigen Periode bis 2030 jedoch sieht man, dass die Nettoschuld den Maximalbetrag von Fr. 3'500.-- überschreitet um etwas mehr als Fr. 500.--. In der darauffolgenden Legislatur 2022 - 2025, in der wir uns aktuell befinden, hat sich der Gemeinderat Gedanken gemacht, wie er die Finanzstrategie weiter ausgestalten möchte. In den Bereichen Nettoschuld pro Einwohner und Selbstfinanzierungsgrad werden dieselben Ziele weiterhin verfolgt. Man sieht, dass im Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2028, der aktuell ist, der Selbstfinanzierungsgrad weiterhin erreicht wird mit 64 %, die Nettoschuld pro Einwohner allerdings schon mit Fr. 285.-- überschritten wird. In der langfristigen Betrachtung bis 2030 ist die Nettoschuld mit Fr. 5'745.-- deutlich höher als sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt hat, wobei der Selbstfinanzierungsgrad mit 71 % weiterhin stabil bleibt. Die Fragen von Werner Schenker im Postulat sind sehr detailliert, ich habe mir die Freiheit genommen, nur die wichtigsten Aussagen herauszupicken, die komplette Beantwortung habt ihr ja in der Botschaft. Bei der Frage zur Beurteilung der Gesamtsituation sagt der Gemeinderat, dass die Ausgangslage für die Gemeinde Buchs eine grosse Herausforderung darstelle. Die Ertragslage habe sich nicht dahin entwickelt, wie man das in den Vorjahren prognostiziert habe und darum auch bei den juristischen Personen erhebliche Mindereinnahmen generiert wurden. Ausserdem bestünde ein hoher Nachholbedarf an Schulbauten und bei der allgemeinen Infrastruktur im Dorf, zum Beispiel bei den Strassen.

Ist der Gemeinderat daran, konkrete Massnahmen gegen die Verschuldung zu ergreifen? Das kann man ganz klar mit Ja beantworten. In der Periode 2018 bis 2021 wurde aufgrund dieser Massnahmen der Steuerfuss von 100 % auf 108 % erhöht. In der aktuellen Amtsperiode haben wir erneut eine Steuerfusserhöhung von 108 % auf 118 %. Zudem hat der Gemeinderat den strategischen Verkauf von Finanzvermögen bereits angekündigt. Wir haben auch schon gesehen, was zur Diskussion steht, der Perimeter Dorfmetzger und der Perimeter Mitteldorfstrasse.

Welche Massnahmen hat der Gemeinderat bislang getroffen, um die drohende Verschuldung in Grenzen zu halten. Wie beurteilt der Gemeinderat die Wirkung dieser Massnahmen? Auch hier:

- Erhöhung Steuerfuss 100 % auf 108 % im Jahr 2019
- Nichtweitergabe Steuerfussabtausch Kanton/Gemeinde 3 %
- Erhöhung Steuerfuss 108 % auf 118 % im Jahr 2024
- Prüfung von Verkauf strategisches Finanzvermögen
- Anpassung der Budgetrichtlinien
- Überprüfung auf Sparpotenzial der einzelnen Positionen im jährlichen Budgetprozess

Wie möchte der Gemeinderat Buchs in Zukunft für finanzstarke Private oder Firmen attraktiv machen? Buchs ist grundsätzlich schon ein sehr attraktiver Standort, alleine schon wegen der Situation, dass wir für

sämtliche Altersgruppen einen attraktiven Wohn- und Arbeitsraum haben. Die aktuelle, neue Bau- und Nutzungsordnung BNO schafft Möglichkeiten für weitere hochwertige Wohn- und Gewerberäume als Basis für die weitere positive Entwicklung von Buchs. Wichtig ist auch gut ausgebaute, gepflegte und zeitgemässe Infrastruktur. Ein Pluspunkt, der ebenfalls die Attraktivität steigert, ist auch die bereits breit vorhandenen regionalen Zusammenarbeiten, die helfen da sehr.

Welche konkreten Massnahmen sind für die Zukunft geplant oder in Diskussion und welche versprechen Erfolg? Da sagt der Gemeinderat, dass einerseits die zahlreichen Investitionen in die gesamte Infrastruktur von Strassen, Schulbauten und Ähnlichem, ein wichtiger Grundpfeiler für den Erfolg sind. Ob und wie sich diese Massnahmen dann in Form von höheren Steuereinnahmen in der Jahresrechnung widerspiegeln, kann nicht aussagekräftig belegt werden. Die Umsetzung und der Erfolg dieser Massnahmen liegt nicht alleine in der Hand des Gemeinderates, sondern ist auch abhängig von politischen Entscheiden des Einwohnerrates oder auch der Bevölkerung.

Wie steht der Gemeinderat zu einer möglichen Erhöhung des Steuerfusses? Der Gemeinderat hat mit dem Budget 2024 bereits eine Steuerfusserhöhung beantragt. Der Regierungsrat hat diesen am 22. Mai 2024 bei 118 % festgesetzt. Eine weitere Steuerfusserhöhung ist nicht geplant. Ab 2032 sind gemäss Aufgaben- und Finanzplan Steuersenkungen geplant.

In welcher Form informiert der Gemeinderat die Bevölkerung über die zu erwartende Situation und wie will er Verständnis für allfällige Massnahmen schaffen? Im Vorfeld zur letztmaligen Steuerfusserhöhung auf 118 % gab es eine öffentliche Informationsveranstaltung, an der ungefähr 100 interessierte Personen teilgenommen haben. Zur Abstimmung hat der Gemeinderat umfassend informiert. Die Jahresrechnung, das Budget, der Aufgaben- und Finanzplan und Geschäfte sowie Protokolle des Einwohnerrates sind auf der Website aufgeschaltet und jederzeit für alle kostenlos einsehbar. Ausserdem sind die Mitglieder des Gemeinderates jederzeit per E-Mail für Fragen und Informationen erreichbar.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 2 Stimmen, vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat von Werner Schenker sei von der Kontrolle abzuschreiben.

Diskussion

Herr Marius Fedeli: Der Bericht hat lange auf sich warten lassen, wir sind nicht ganz so überzeugt von diesem Bericht, aber schön ist er endlich da. Wir haben gehört von der neuen BNO und wir sind uns auch bewusst, dass nicht alles in den Händen des Gemeinderats liegt, aber uns fehlt eine Strategie. Und vor allem der Ausblick des Gemeinderats in seiner Antwort ist nicht das, was wir uns in unserer Fraktion und was sich damals Werner Schenker beim Einreichen des Postulats vorgestellt hat.

Herr Präsident Marc Jaisli: Ich habe letztens Werner Schenker angetroffen und habe ihn zur Einwohneratssitzung eingeladen, aber er ist leider verhindert. Er hat mir aber danach einen Brief geschrieben, ich habe mich aber des lieben Friedens Willen dagegen entschieden, ihn an euch weiterzuleiten, auch wenn es kein scharfer Brief war. Er hat sich aber auf jeden Fall gefreut, dass zu seinem Postulat nach vier Jahren endlich eine Antwort kam.

Herr Reto Bianchi: Ich möchte auch da einhängen, wo sich Marius eingehängt hat in seinem Votum. Vier Jahre ist einfach zu lange, in unserem Reglement sind zwölf Monate festgelegt für eine Antwort. Ich wünsche mir für so wichtige Thematiken zeitnahe Antworten, sonst ist das Büchlein das Wort nicht wert, das darin enthalten ist.

Herr Thomas Meier: Ich habe noch eine Frage zum Bericht, auf Seite 5 wird der Verkauf von strategischem Finanzvermögen, Perimeter Dorfmetzg und Mitteldorfstrasse erwähnt. Es wird geschrieben, dass der Gemeinderat den Verkauf dieser Perimeter angekündigt habe. In der Botschaft zum Kreditbegehren Investorenwettbewerb Dorfmetzg hiess es damals sinngemäss, dass die Frage, ob ein Verkauf besser sei als die Abgabe im Baurecht, noch nicht abschliessend beantwortet werden müsse. Darum meine Frage an den Gemeinderat: Gestützt auf welche Grundlagen hat der Gemeinderat den Entscheid gefällt, diese Perimeter zu verkaufen? Und prüft er auch ernsthaft eine Abgabe im Baurecht?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Der Gemeinderat hat in der Botschaft für den "Investorenwettbewerb Dorfmetzg" die Vor- und Nachteile eines Baurechtes dargestellt. Er hat aufgezeigt weshalb eine Abgabe im Baurecht im vorliegenden Fall für den Gemeinderat nicht in Frage kommt. Er will mit dem Verkaufserlös die Schulden verringern, mit einem Baurechtszins wird dieses strategische Ziel nicht erreicht. Wir haben in der Botschaft klar gesagt, dass man das nicht entscheiden müsse, bevor ein Verkaufsentcheid vorliege. Wenn man diesen Investorenwettbewerb gemacht hätte, wäre beides möglich gewesen, man hätte für beides Angebote einholen können. Der Gemeinderat hat in dieser Botschaft seine Haltung klar dargelegt und daran hat sich bis jetzt nichts geändert.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **24 : 11 Stimmen** (bei 4 Enthaltungen) **zugestimmt**.

Budget 2025

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Das Wichtigste vorneweg, bevor ich loslege, obwohl es schon allen bekannt ist: Die Ortsbürger haben gestern Abend an der Budgetgemeindesitzung beschlossen, im 2025 der Einwohnergemeinde einen Betrag von Fr. 140'000.-- für ein Jugendfest im 2025 zur Verfügung zu stellen. Beschlossen haben sie es sehr deutlich mit 48 Ja- und 5 Nein-Stimmen. Weil die Versammlung so gut besucht war, untersteht der Beschluss noch nicht einmal mehr dem fakultativen Referendum. Wir beraten heute Abend das revidierte Budget 2025, nachdem der Einwohnerrat an der Sitzung vom 17. Oktober 2024 das Budget 2025 mit 27 : 5 mit 3 Enthaltungen an den Gemeinderat zurückgewiesen hat. Das revidierte Budget weist gegenüber dem ersten Budget folgende Änderungen auf: Im Budget ist neu ein Kredit von Fr. 40'000.-- aufgenommen worden für eine Bevölkerungsumfrage. Um einen Nachtragskredit zu vermeiden, ist der Betrag für die Miete von IT Infrastruktur um Fr. 40'000.-- erhöht und im Budget integriert worden. Der Kredit von Fr. 140'000.-- für das Jugendfest 2025 wurde für diese Vorlage gestrichen. Ausserdem ist ein neu zu gründender Fonds Jugend vorgeschlagen, in den Fr. 23'200.-- eingelegt werden sollen. Der Gemeinderat hat die Vorgaben des einwohnerrätlichen Rückweisungsantrags alle erfüllt, er hat Fr. 40'000.-- für eine Bevölkerungsumfrage ins Budget gestellt und der Fehlbetrag beträgt noch Fr. 958'000.--, wie im Finanzplan 2024 vorgesehen war. Was nirgends erwähnt wird, aber in der Diskussion in der FGPK zur Sprache kam, soll das Jugendfest nur um ein Jahr verschoben werden auf 2026, das war die Idee des Gemeinderats.

Zur Diskussion und Abstimmungen in der FGPK: Ihr habt das Protokoll dieser Sitzung erhalten. Im Vorfeld der FGPK-Sitzung gab es Bemühungen, eine Streichliste zusammenzustellen, gemeint ist eine Sammlung von Streichungsanträgen, die eine Mehrheit in der Kommission finden und dem Einwohnerrat hätte vorgelegt werden können. Aber einen abschliessenden Kompromiss mit einem genügend hohen Betrag war bis zur Sitzung nicht bereit. Nachdem dieser Plan abgebrochen wurde, gingen einzelne Änderungsanträge ein, unter anderem der von Samuel Hasler, der den Antrag gestellt hat, einen reduzierten Betrag von Fr. 100'000.-- für das Jugendfest 2025 zu budgetieren mit der Absicht, noch weitere Streichungen vorzunehmen. Dieser Antrag wurde aber von der FGPK mit 3 : 5 Stimmen mit 1 Enthaltung abgelehnt. Schliesslich hat man über den Antrag des Gemeinderates, also das revidierte Budget 2025, abgestimmt, wie es jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt wurde, und hat diesem mit 6 : 2 Stimmen mit 1 Enthaltung zugestimmt. Die Begründungen zu diesem Zeitpunkt:

- Jugendfest soll schon 2026 wieder stattfinden
- Schwierigkeiten mit einem Kompromiss bei der Streichliste
- Die noch zu streichenden Positionen sind klein (unter 1 Steuerprozent) im Vergleich zur Ungenauigkeit des Budgets
- Die Fraktionen wollen selber noch Anträge zur Budgetänderung vorbringen.

Mit dem gestrigen Beschluss der Ortsbürgergemeinde sieht es natürlich etwas anders aus. Die finanziellen Voraussetzungen sind jetzt wieder vorhanden, das Jugendfest schon im 2025 durchzuführen. Der Rest des Antrags des Gemeinderats, ausser eben die Sache mit dem Jugendfest, ist noch gleich und gültig. Deshalb stelle ich der Einfachheit wegen persönlich den **Antrag**, im Konto 2191.3170.00 sei für das Jugendfest 2025 ein Betrag von Fr. 140'000.-- einzustellen, gleichzeitig sei im Konto 2191.4632.00 der Beitrag der Ortsbürgergemeinde über Fr. 140'000.-- als Einnahme vorzusehen. Denn im Moment ist für das Jugendfest 2025 kein Betrag im Budget und mit der Gegenbuchung ist mit meinem Antrag der identische Betrag wieder als Einnahme erfasst.

Antrag von Beat Spiess

Im Konto 2191.3170.00 sei für das Jugendfest 2025 ein Betrag von Fr. 140'000.-- einzustellen, gleichzeitig sei im Konto 2191.4632.00 der Beitrag der Ortsbürgergemeinde über Fr. 140'000.-- als Einnahme vorzusehen.

Diskussion zum Antrag

Herr Präsident Marc Jaisli: Ich möchte im Namen der Einwohnerräte der Ortsbürgergemeinde danke sagen und auch dem Initianten Max Roth.

Frau Heidi Niedermann: Was gestern Abend den Ortsbürgern auf Antrag von Max Roth gelungen ist, finde ich richtig gut. Es war ein richtiger Überraschungscoup und ich freue mich, dass die Buchser Ortsbürger mit grosser Mehrheit zugestimmt haben, ein Jugendfest 2025 zu ermöglichen. Eine Mehrheit unserer Mitte-Fraktion hätte nämlich auch dem vorgesehenen Änderungsantrag von Samuel Hasler zugestimmt, im nächsten Jahr für das Jugendfest Fr. 100'000.-- ins Budget einzustellen. Nicht, weil wir nicht sparwillig sind, sondern weil wir ganz klar der Meinung sind, dass ein solch gemeinschaftsförderndes Fest nicht einfach gestrichen werden darf. Ich habe bis vor Kurzem nirgends gelesen oder gehört, dass der Gemeinderat beabsichtigt hätte, im 2026 ein Jugendfest durchzuführen. Im Bericht des Gemeinderates an uns Einwohnerräte zum überarbeiteten Budget, das uns am 6. November 2024 zugestellt wurde, heisst es lediglich, dass zur zukünftigen finanziellen Absicherung des Jugendfests ein Fonds eröffnet werden und diesem im 2025 ein Betrag von Fr. 23'200.-- zugewiesen werden soll. Ich und wahrscheinlich viele andere auch, kamen nicht auf die Idee, dass der Gemeinderat mit dieser Mitteilung gemeint hat, gleich auch noch das Jugendfest um ein Jahr zu verschieben. Ich habe deshalb einen grossen Weihnachtswunsch an den Gemeinderat: Bitte kommuniziert doch solch wichtige Entscheide klipp und klar und für alle Aussenstehende verständlich. Eine transparente Kommunikation würde so viel Frust, Energieverlust und Misstrauen verhindern. Ich möchte aber jetzt vorwärtsschauen und uns alle auffordern, die Schule, die Vereine und alle, die sich sonst noch durch die finanzielle Sicherstellung durch die Ortsbürger jetzt fürs Jugendfest 2025 an die grosse Arbeit der Organisation und Durchführung dieses Festes an die Arbeit machen müssen, wenn nötig zu unterstützen.

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Ich möchte gerne Stellung nehmen zur Kommunikation. Das nimmt der Gemeinderat gerne so entgegen, es stimmt, hierzu hätte der Gemeinderat klarer kommunizieren können. Deshalb nehmen wir das so auf und versuchen das in Zukunft auch so umzusetzen. Der Gemeinderat möchte einfach noch einmal betonen, dass es von Anfang an seine Idee war, das Jugendfest um ein Jahr zu verschieben und nicht, es zu streichen und erst in 3 Jahren wieder eins durchzuführen.

Herr Samuel Hasler: Bis gestern habe ich mich noch vorbereitet, wie ich euch hier meinen Antrag schmackhaft machen kann und auch, wie und wo man die Fr. 100'000.-- sonst noch einsparen könnte. Die Liste ist inzwischen 3 Seiten lang, ich hatte auch Potential entdeckt, aber umso schöner ist jetzt, dass wir die Diskussion dank den Ortsbürgern im abgekürzten Verfahren handhaben können. Ich denke, dass es absolut keine Selbstverständlichkeit ist, dass die Ortsbürger entschieden haben, für uns Fr. 140'000.-- zum Wohle unserer Jugend auszugeben. Wobei ich mich schon auf die intensive Debatte im Einwohnerrat gefreut hatte und ich auch von dieser ausgegangen bin. Ich hoffe, dass das Geld jetzt gut investiert wird für ein sehr schönes Jugendfest und ich freue mich darauf, euch dann im nächsten Jahr da zu sehen.

Herr Andreas Burgherr: Als quasi Strippenzieher hinter diesem Rückweisungsantrag möchte ich noch ein paar Worte sagen, obwohl eigentlich inhaltlich schon alles gesagt ist. Der Rückweisungsantrag forderte

eigentlich das Sparen und gleichzeitig am Jugendfest festzuhalten. Dem Gemeinderat ist das nicht gelungen und wir haben es nicht verstanden. Die Frage in der FGPK war dementsprechend, um was es eigentlich geht. Beat Spiess hat es schon angetönt, wir haben versucht, eine Streichungsliste zu machen. Aber substantiell etwas zu streichen, das uns in zwei Jahren wieder einholt, mit einer solchen Kürzung wären wir sowieso nicht einverstanden gewesen. Auch aus meiner Sicht sage ich ganz herzlichen Dank unseren Ortsbürgern, die ein Herz für unser Dorf haben und uns hier etwas aus der Patsche helfen, in die wir uns selber hereinmanövriert haben. Ich hoffe, dass es uns in der Zukunft gelingen wird, unsere Angelegenheiten wieder selber zu finanzieren und wir werden alles daransetzen, dass uns das gelingt - und zwar gemeinsam als Einwohnerrat wie auch als Exekutivbehörde, als Gemeinderat.

Herr Präsident Marc Jaisli: Ich erzähle euch zum Thema noch eine kleine Geschichte. Ich habe vor ein paar wenigen Wochen bereits einmal erfahren, dass Schülerinnen und Schüler Unterschriften sammeln würden, weil denen offenbar das Jugendfest am Herzen liegt. Am Freitag hat mich ein junges Mädchen angerufen, ganz nervös war sie und fast unverständlich. Da ich gerade am Arbeiten war, habe ich sie auf den Samstag verwiesen. Sie hat mich am Samstag wieder angerufen und hat mir voller Stolz erzählt, dass sie 50 Unterschriften gesammelt hätte. Ich dachte noch, einmal in der Pause rumgehen und du hast die Unterschriften. Allerdings sind das Unterschriften von Erwachsenen, sie hat mir erklärt, dass sie von Haustür zu Haustür gelaufen sei, um sie zu sammeln. Das ist natürlich nicht repräsentativ, aber sie hat mir auch erklärt, dass sie sich eine vereinfachte Version des Jugendfests möchten. Da spricht man vom Umzug mit einer Morgenfeier, die die Kinder möchten, nicht die mit dem Apéro, die wir Erwachsenen wollen. Für das haben die Kinder sich eingesetzt, was ich stark fand. Ich habe dann das Mädchen heute zur Einwohnerratssitzung eingeladen, sie hat sich aber nicht getraut und hat die Einladung dankend abgelehnt. Ich habe ihr dann den Auftrag gegeben, dass sich ihr Klassenlehrer von der Gysimatte bei mir melden soll, was er gestern getan hat. Er lässt liebe Grüsse ausrichten. Ich war so frech und habe dann auch noch in der Suhrenmatte angerufen. Wie ich verstanden habe, freuen auch die sich auf das Jugendfest und von dieser Seite wurde eine grosse Bereitschaft signalisiert, das Jugendfest durchzuführen. Auch ich, wenn ich zurückdenke, wie oft ich beim Jugendfest durchs Dorf gelaufen bin, mit Kostüm und allem Drumherum. Wir haben also gemerkt, dass das Jugendfest eine enorm grosse Bedeutung hat.

Abstimmung Antrag von Beat Spiess

Dem Antrag von Beat Spiess wird **einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt.**

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 6 : 2 (bei 1 Enthaltung), das Budget 2025 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2025 sei auf 118 % festzusetzen.

BERICHT ZUM BUDGET

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ERFOLGSRECHNUNG

Die Diskussion wird nicht verlangt.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Diskussion wird nicht verlangt.

STEUERFUSS

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ALLGEMEIN

Herr Andreas Burgherr: Ich glaube, seit ich in der FGPK bin, haben wir noch nie so intensiv über ein Budget verhandelt, debattiert und uns ausgetauscht, per E-Mail, Whatsapp, Teams-Meetings und anderes. Man hat da schon festgestellt, dass es nichts wirklich Substanzielles gibt, zu dem man sagen könnte, dass man da noch sparen könnte. Insofern kann man über das Ganze sagen, dass der Gemeinderat einen guten Job gemacht hat, er hat das gemacht, was er konnte. Das, was man noch rausnehmen könnte, täte wirklich weh, man müsste den Vereinen Geld wegnehmen, man müsste den Altersausflug streichen, man müsste der Bibliothek den Bücherkauf untersagen. Man müsste Sachen machen, die dem Dorf nicht guttun würden. Demnach kann ich mit der aktuellen Ausgangslage hinter dem Budget stehen, die EVP kann auch hinter dem Budget stehen und wir empfehlen es zur Annahme.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **34 : 5 Stimmen zugestimmt**.

Einrichtung eines zweiten Verwaltungsstandorts am Steinachermattweg 2a. Bauliche Anpassungen. Anschaffung von Mobilien und Umzugskosten. Kreditbegehren.

(Botschaft des Gemeinderats vom 29. Oktober 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Sandra Meier-Jaisli (erläutert Vortrag mit Präsentation): Bevor ich das Geschäft präsentiere, möchte ich gerne dem Gemeindepräsidenten das Wort überlassen.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir haben in Absprache mit der FGPK ein etwas ungewohntes Vorgehen für die Vorstellung dieses Geschäft gewählt, da es sich um ein ausserordentlich wichtiges Geschäft handelt. Ich möchte zuerst etwas über die allgemeine Situation sagen und ein paar Informationen geben, die nicht in den Unterlagen stehen. Sandra Meier-Jaisli wird dann das Geschäft noch im Detail vorstellen. Der Einwohnerrat hat im Juni 2023 die Botschaft für die Verlegung des Betreibungsamtes und den Ausbau der Steinachermattliegenschaft behandelt und das Geschäft mit klaren Aufträgen, unter anderem wurde eine Nutzwertanalyse verlangt, zurückgewiesen. Wir waren durchaus selbstkritisch und erkannten, dass wir unsere Idee zu wenig gut herüberbringen konnten. Wir haben das geändert und zudem hat sich die Ausgangslage inzwischen entscheidend verändert. Wir haben einerseits die ganzen Grundlagen für das Betreibungsamt aufbereitet. Dazu hat unser Leiter Finanzen intensive Verhandlungen mit der Helvetia (Vermieterin) geführt, wir konnten den Mietvertrag, mit einer einmaligen Ausstiegsklausel nach einem Jahr, um fünf Jahre verlängern. Damit konnte die nötige Zeit für die Bearbeitung des Geschäftes gewonnen werden und das Betreibungsamt kann wie bisher weiter betrieben werden. Wir haben im Gegensatz zum letzten Geschäft sämtliche offenen Fragen, seien das die verschiedenen Projekte, seien das die Kosten, mittlerweile vertieft ermitteln lassen, was einige finanzielle Mittel erforderte. Heute liegt alles im Detail vor. Daneben wurde mit erheblichem verwaltungsinternen Aufwand eine umfassende Nutzwertanalyse für das Betreibungsamt erarbeitet, welche nicht nur die Frage zum Standort beinhaltet. Wir haben versucht, alles möglichst neutral zu bewerten. Die Analyse kam zum Schluss, dass die Verlegung des Betreibungsamtes an den Steinachermattweg die vorteilhafteste Lösung ist. Parallel dazu hat sich die räumliche Situation beim Sozialamt deutlich verschärft. Die Sozialen Dienste leiden schon seit längerem unter prekären Raumverhältnissen. Inzwischen wurden die vom Einwohnerrat beschlossenen, an die Caritas ausgelagerten Aufgaben wieder selber übernommen, was die Schaffung von zwei zusätzliche Stellen erforderte. Diese wurden kurzfristig provisorisch im Haus untergebracht, da keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung standen. Mittlerweile muss man aber einfach feststellen, dass hier das "Ende der Fahnenstange" erreicht ist. Die Sozialen Dienste können über 3 Stockwerke verteilt, ohne feste Arbeitsplätze, so nicht weiterarbeiten. Die angespannten räumlichen Verhältnisse tragen wenig zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden bei und wir sind immer wieder mit Wechseln konfrontiert. Wir haben uns deshalb intensiv mit der Suche nach Lösungsmöglichkeiten beschäftigt. Da im Hause keine weiteren Räumlichkeiten verfügbar sind, haben wir geprüft, welche Verwaltungsabteilung an den zweiten Verwaltungsstandort, wo bereits das Betreibungsamt angesiedelt werden soll, ausgelagert werden könnte. Wir haben Analysen, Erhebungen, gemacht und festgestellt, dass bei den Sozialen Diensten, wenig überraschend, die meisten Klientinnen und Klienten zu Fuss kommen, oft auch mit Kinderwagen. Wir sind aus diesem Grund zum Schluss gekommen, dass es nicht zweckmässig wäre, die Sozialen Dienste aus dem Gemeindehaus auszulagern. Auf der anderen Seite stellten wir fest, dass die Abteilung Bau Planung Umwelt eine gewisse thematische Nähe zum ihr unterstellten Bauamtswerkhof aufweist. Wir haben daher geprüft, ob es zweckmässig wäre, diese Abteilung auszulagern und ob die Räumlichkeiten, die dadurch im Gemeindehaus frei würden, für die Sozialen Dienste ausreichen würden. Es hat sich gezeigt, dass das so

machbar wäre. Die Sozialen Dienste könnten diese Räumlichkeiten ohne weitere Umbauten so beziehen. Die räumliche Situation könnte für die Sozialen Dienste dadurch gelöst werden. Für allfällige Ausbauten wäre noch eine minimale Reserve vorhanden. Darum unterbreiten wir dem Einwohnerrat heute diesen Lösungsvorschlag. Uns ist bewusst, dass es ja immer noch eine bessere Lösung gibt, auch wenn man bereits nach der optimalen Lösung gesucht hat. Der Gemeinderat ist aber zum Schluss gekommen, dass mit der vorliegenden Variante eine gute, angemessene Lösung, die wir selbst beeinflussen können, gefunden wurde. Wir haben die Möglichkeit, am Standort Steinachermatt, wo Räumlichkeiten verfügbar sind, das Betriebsamt und die Abteilung Bau Planung Umwelt einzurichten. Wir haben dadurch den Vorteil, dass wir nur zwei Verwaltungsstandorte haben werden, den im Gemeindehaus und den an der Steinachermatt und es ist es auch die wirtschaftlichste Lösung. Wenn ich frei wünschen könnte, würde ich einen zentralen Neubau realisieren und alles unter ein Dach bringen, aber das sind für uns momentan lediglich Träumereien. Wir haben also den Weg vorgeschlagen, der realistisch ist und von dem wir überzeugt sind, damit eine gute kurz- und mittelfristige Lösung für unsere Gemeinde realisieren zu können. Noch ein Hinweis, Rückweisung oder Ablehnung des Geschäfts ist keine Lösung. Wenn ihr mit der vorliegenden Lösung nicht einverstanden seid, müsstet ihr einen Kredit für den Umbau am aktuellen Standort bewilligen, die Zahl ist ermittelt, das würde Fr. 666'000.- kosten. Damit wäre das Problem mit den Räumlichkeiten des Betriebsamtes gelöst, die räumlichen Verhältnisse der Sozialen Dienste jedoch nicht. Für dieses dringende Problem, müssten wir dann irgendwo in der Gemeinde Räumlichkeiten suchen, wo wir die Sozialen Dienste einmieten könnten. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Aus Sicht der FGPK war es wichtig, dass Urs Affolter auch etwas dazu sagen kann, weil es um die Zukunft und Arbeitsplätze der Mitarbeitenden geht. Wir haben das Traktandum in der FGPK diskutiert, es geht also um das Regionale Betriebsamt, wozu wir bereits schon einen Antrag vorliegen hatten. Der neue Antrag geht um die Nutzwertanalyse, ich zeige euch auf dem Bildschirm, wo der jetzige Standort ist und wo der zukünftige Standort sein wird. Auf einem weiteren Bild seht ihr den Steinachermattweg, wohin das Betriebsamt und die Abteilung Bau Planung Umwelt verlegt werden sollen. Dazu braucht es natürlich bauliche Anpassungen, die selbstverständlich nach gesetzlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen, Behindertengleichstellungsgesetz, aber auch Brandschutz zum Beispiel und auch energetisch sollten die baulichen Anpassungen ebenfalls verwirklicht werden. Der Investitionsanteil zu Lasten des Regionalen Betriebsamtes beläuft sich auf Fr. 488'000.-- und der für die Abteilung Bau Planung Umwelt auf Fr. 427'000.--. Davon übernimmt die Ortsbürgergemeinde, der das Gebäude gehört, Fr. 50'000.--, weil gemäss BehiG eine Anpassung im Eingangsbereich nötig wird. Natürlich wird es einen Mietvertrag mit der Ortsbürgergemeinde geben, die Miete wird jährlich Fr. 67'525.-- kosten für das Regionale Betriebsamt, die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Unser Anteil davon beträgt 15.7 %, also rund Fr. 10'700.--. Für die Abteilung Bau Planung Umwelt kostet die Miete Fr. 47'400.-- inkl. Nebenkosten. Zu den Terminen: Die Vorbereitungen sollen von Januar bis März 2025 stattfinden, die Ausführung dann von April bis Oktober 2025, die Inbetriebnahme ist im November 2025 geplant und der Umzug dann ab Dezember 2025.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, für den zweiten Verwaltungsstandort für das Regionale Betriebsamt Buchs und die Abteilung Bau Planung Umwelt in der Liegenschaft Steinachermattweg 2a und die damit verbundenen baulichen Anpassungen, die Anschaffung von Mobilien und den Umzug sei ein Verpflichtungskredit von brutto Fr. 965'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand September 2024, Kostengenauigkeit \pm 15 %), abzüglich Fr. 50'000.-- Beitrag der Ortsbürgergemeinde Buchs für den Ausbau im Bereich BehiG, zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Elias Fricker: Wir von der Fraktion Mitte Buchs stimmen dieser Vorlage des Gemeinderats zu und wir möchten die Gelegenheit an dieser Stelle nutzen, um uns beim Gemeinderat für die Erarbeitung der umfang- und aufschlussreichen Unterlagen zu bedanken, die uns dieses Mal eine sehr gute Entscheidungsgrundlage geboten haben. Wir erachten den Standort für das Regionale Betreibungsamt und auch für die Abteilung Bau Planung Umwelt als durchaus gut geeignet. Die ÖV-Anbindung ist mit der Bushaltestelle Salamatt mit der Buslinie 2, die sich in ungefähr 500m befindet, tiptop gewährleistet. Und mit der mittelfristigen Entwicklung in diesem Gebiet kann sich die Gesamtsituation zukünftig sicher sogar noch verbessern, denken wir. Wir möchten aber gerne ergänzen, dass aus unserer Sicht die Umzugs- und Einrichtungskosten von ungefähr Fr. 965'000.-- doch recht hoch sind und wir bitten die entsprechenden Stellen darum, bei der Umsetzung der Einrichtung nach Augenmass vorzugehen und möglichst das Einsparpotential wahrzunehmen, danke.

Herr Marius Fedeli: Dieses Geschäft zeigt, dass es manchmal gut ist, einen Schritt zurückzumachen, wir haben das Geschäft beim ersten Mal zurückgewiesen. Der Gemeinderat hat es übererarbeitet und jetzt ist es wirklich gut ausgearbeitet. Was mich besonders gefreut hat ist, dass man sogar daran gedacht hat, dass man das Areal besichtigen könnte. Ein Teil des Einwohnerrats und der FGPK haben die Chance genutzt und haben die Räumlichkeiten besichtigt, um uns ein Bild davon machen zu können. Der Gemeinderat war auch selbstkritisch und hat aufgezeigt, was man im ersten Bericht noch nicht aufgezeigt hatte. Und er hat auch alle unsere Anfragen und Anliegen in der Kommission aufgenommen und beantwortet und Möglichkeiten aufgezeigt. Was verbessert werden konnte, wurde auch verbessert. Von daher ein grosses Dankeschön auch von meiner Seite an den Gemeinderat für die Ausarbeitung dieses Geschäftes, das solide daherkommt. Und neben der Tatsache, dass wir von der Ortsbürgergemeinde im Budget einen Betrag für das Jugendfest erhalten haben, auch hier noch einen weiteren Dank an die Ortsbürgergemeinde, die uns hier auch wieder unterstützen würden mit einem Beitrag an den Umbau gemäss BehiG und wenn wir das Geschäft genau angeschaut haben, auch bei der Miete der Räumlichkeiten, wo sie uns ein sehr gutes Angebot gemacht haben. Danke an dieser Stelle.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **38 : 0 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **zugestimmt**.

Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Buchs und der Interkommunalen Anstalt "Spitex Region Aarau". Genehmigung.

(Botschaft des Gemeinderats vom 17. Oktober 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Christine Knüsel-Bachofer (erläutert Vortrag mit Präsentation): Wir alle kennen die Vorgeschichte, haben wir doch vor einem Jahr in der Dezember-Sitzung die Anstaltsordnung angenommen und Zustimmung zur Leistung des Dotationskapitals gegeben. Die formelle Gründung der IKA Spitex Region Aarau fand am 12. Juli 2024 statt, der Verwaltungsrat wurde gewählt und er hat seine Arbeit aufgenommen. Zum Inhalt der Leistungsvereinbarung möchte ich auch nicht mehr sagen, als dass sie die Beziehung zwischen den Auftraggeberinnen, nämlich den Einwohnergemeinden Aarau, Biberstein, Buchs, Küttigen und Erlinsbach mit der Auftragnehmerin, der Spitex Region Aarau, regelt. Sie ist integraler Bestandteil der weiteren rechtlichen Verpflichtungen wie zum Beispiel der Eignerstrategie und der Anstaltsordnung. Was alles genau geregelt ist in der Leistungsvereinbarung, habt ihr sicher studiert. Die Leistungsvereinbarung tritt per 1. Januar 2025 in Kraft und ist mindestens gültig bis zum 31. Dezember 2029. Die Anhänge 1 bis 3 gelten für mindestens ein Jahr und verlängern sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht von einer Partei eine Änderung verlangt wird. Die Leistungsvereinbarung muss in allen fünf Gemeinden mit dem gleichen Inhalt genehmigt werden. Es ist also nicht möglich, dass man einzelne Bestimmungen anpasst. Im Ablehnungsfall müsste der Verwaltungsrat die Leistungsvereinbarung neu ausarbeiten. Alle anderen Gemeinden haben der Leistungsvereinbarung bereits zugestimmt, dort konnte das der Gemeinderat oder in Aarau der Stadtrat genehmigen. Bei uns fällt es in die Kompetenz des Einwohnerrats aufgrund des überschrittenen Richtwerts, denn die massgeblich prognostizierten Restkostenbeiträge für das nächste Jahr 2025 belaufen sich auf Fr. 775'000.--.

In der FGPK gab es zwei Fragen, die in der Zwischenzeit geklärt werden konnten, die Antworten dazu haben wir Mitglieder der FGPK am Sonntag per Mail zugestellt bekommen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), die Leistungsvereinbarung zwischen den Einwohnergemeinden Aarau, Biberstein, Buchs, Küttigen und Erlinsbach und der Spitex Region Aarau sei zu genehmigen.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **29 : 1 Stimmen** (bei 9 Enthaltungen) **zugestimmt**.

Postulat von Bernhard von der Crone, SP und Grüne, betreffend Sicherheit der Zubringerdienst-Zonen analysieren und verbessern (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Bernhard von der Crone reichte am 17. Oktober 2024 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Montage von Schwellen in 30er Zonen zu prüfen und zu veranlassen. Zudem soll eine grundsätzliche Möglichkeit geschaffen werden, dass die Bevölkerung bei unübersichtlichen Kreuzungen oder allgemeinem Gefahrenpotential eine Möglichkeit erhält, um die Sicherheit zu erhöhen.

Diskussion

Herr Dieter Stüssi: Ich habe eine kurze Frage, die vielleicht unser Polizeidirektor beantworten kann. Das hier ist eine Massnahme, die den Verkehr beeinflussen soll und da müssen wir natürlich wissen, ob das nötig ist oder nicht. Ich habe die Frage: Wie viele Unfälle mit Personenbeteiligung gab es in diesen Vierteln in den letzten fünf Jahren?

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Ich kann deine Frage einfach beantworten, meiner Kenntnis nach gab es in den letzten fünf Jahren keine Personenschäden an den betroffenen Standorten. Das ist der jetzige Wissenstand, aber wenn das Postulat entgegengenommen wird, werden wir entsprechend einen Antrag ausarbeiten, in dem wir auf alle Fragen Antwort geben und der umfassend sein wird.

Herr Bernhard von der Crone: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich froh bin, wenn überhaupt nichts passiert, aber vorbeugen ist besser als im Nachhinein etwas zu tun.

Herr Reto Bianchi: Ungefähr vor sieben Jahren hatten wir eine ähnliche Diskussion zu diesem Thema. Auch dort schon habe ich gesagt, dass an der Bahnstrasse zum Beispiel eine sehr gefährliche Strecke ist, weil dort sehr viele Schulkinder über die eine Kreuzung kommen. Und ich kann aktuell zwei Diskussionen aus dieser Woche schildern: Eine überhöhte Geschwindigkeit in diesem Gebiet von zwei Fahrzeugen, bei denen ich eine gewisse Bewegung gemacht habe im Sinne "Fahrt doch ein bisschen langsamer" und die daraufhin geflucht haben. Das war aber in der 30er-Zone. Es muss nichts passieren, aber es kann eben. Darum unterstütze ich den Antrag ganz klar.

Herr Marius Fedeli: Ich schliesse mich der Meinung von Reto Bianchi an. Vor ein paar Sitzungen kam seitens der SVP eine Anfrage, ob man im Oberdorf nicht Markierungen anbringen könne beim Fussgängerstreifen, genau mit dem Thema, wie dass man die Fussgängersicherheit erhöhen könnte. Ich hoffe also, dass auch diese Fraktion das Postulat überweist. Weil es geht im Postulat nicht nur darum, dass man den Verkehr verlangsamt, sondern vor allem auch darum, die Sicherheit der Fussgänger, der Kinder, die dort in die Schule gehen zu erhöhen.

Abstimmung

Das Postulat wird mit **29 : 5 Stimmen** (bei 4 Enthaltungen) an den Gemeinderat **überwiesen**.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Beendigung des integrativen Schulmodells (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Samuel Hasler reichte am 17. Oktober 2024 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten, die Satzungen des Gemeindeverbandes "Kreisschule Aarau - Buchs" dahingehend zu ändern, dass diese nicht mehr als integrative Schule geführt wird und damit die Kleinklassen wieder eingeführt werden. Der Gemeinderat berichtet regelmässig über die laufenden Schritte in diesem Prozess.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Der Gemeinderat hat grundsätzlich beschränkte Möglichkeiten gegen das Modell des integrativen Unterrichts vorzugehen. Das sind grösstenteils kantonale Vorgaben, die den integrativen Unterricht regeln und die Kreisschule, die sich an diese Vorgaben hält. Wie man diese dann umsetzt, ist Aufgabe der Schule und wird auch nicht im Kreisschulrat, in dem wir Einfluss hätten, nicht diskutiert. Das sind operative Umsetzungen, die im Schulvorstand, in den Schulleitungen und im Unterricht selber dann passieren. Das ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat das Postulat ablehnt. Ich glaube, man macht sich etwas vor, wenn man das Gefühl hat, dass man hier viel bewegen und ändern kann, wenn man von den Möglichkeiten des Gemeinderats ausgeht.

Herr Samuel Hasler: Danke für die Ausführungen. Ich glaube, dass ich im Postulat festgehalten habe, dass die Beendigung des integrativen Schulmodells sich bezieht auf die Wiedereinführung der Kleinklassen, wie es zur Zeit war, als es die Kreisschule Buchs-Rohr noch gab. Und diese Vorgabe gibt ja der Kanton nicht abschliessend vor, das sind doch die Schulen, die wählen können, ob sie Kleinklassen führen oder das Modell wählen, das wir bei der KSAB haben, das integrative Schulmodell, in dem alle Kinder nach Möglichkeit im Regelunterricht unterrichtet werden. Über die Möglichkeiten, wie sich der Gemeinderat engagieren kann, habe ich offengelassen mit "...unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten...". Ich habe nicht definiert, wie er vorgehen muss. Das kann im Kreisschulrat sein, aber nicht nur, das kann auch ein Gesprächsthema sein zwischen den Gemeinden und dem Schulvorstand. Ich habe also nicht vorgegeben wie, aber gemäss dem Postulat ist der Gemeinderat eingeladen zu schauen, was man machen könnte oder es wenigstens zu versuchen. Ich kann festhalten, wenn wir schauen bei der Kreisschule, alleine die immer wieder ausufernden Kosten, die wir haben - jetzt wurde ja gerade das Referendum ergriffen gegen das Budget 2025 der KSAB - da stellt sich schon die Frage, ob der integrative Schulunterricht einerseits diese Kosten rechtfertigt und andererseits die Bildungsqualität in Relevanz stellt. Ich glaube, im Kleinklassenmodell sind wir früher viel besser gefahren. Und es war auch der Wunsch der Buchser Bevölkerung damals in der Abstimmung, dass das Kleinklassenmodell beibehalten wird. Uns wurde damals gesagt, dass wir schauen sollen, dass die Kleinklassen beibehalten werden. Diese sind dann ja aber bekannterweise abgeschafft worden. In diesem Sinne beantragen wir den Rat, dieses Postulat zu überweisen und den Gemeinderat zu beauftragen, sich in der Wiedereinführung der Kleinklasse zu engagieren.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich glaube, wir müssen in dieser Diskussion aufpassen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Ich glaube, die Finanzen haben grundsätzlich nichts damit zu tun mit integrativ oder nicht integrativ oder Kleinklasse oder nicht Kleinklasse. Ich glaube, im Postulat geht es effektiv darum, dass der Gemeinderat interagieren soll. Und um jetzt noch den Brückenschlag zu den Finanzen zu machen und das politisch diesbezüglich noch auszuschlachten ist absolut nicht legitim und völlig daneben. Ihr könnt diese Argumentation vergessen. Es geht darum, dass der Gemeinderat sich einsetzen soll, dass das integrative Modell beendet wird, das zeigt auch der Titel. Und dazu kann ich nur noch einmal betonen, da sind wir die falsche Instanz zur Beantragung. Und ob der Gemeinderat das dann auch noch sinnvoll findet, ist noch einmal eine andere Frage. Aber darum sind wir dagegen, das Postulat anzunehmen.

Frau Christine Knüsel-Bachofer: Die Mehrheit der Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat nicht. Wie es Anton Kleiber auch schon gesagt hat, die Kostensteigerung der Kreisschule hat nichts mit deinem Postulat zu tun. Samuel, du bist doch auch schon langjähriges Mitglied der Kontrollstelle KSAB und hast dadurch auch noch einen vertieften Einblick in die Rechnung der Kreisschule. Gründe für die Kostensteigerung in der Kreisschule haben andere und nachvollziehbare Gründe, die einen Mehraufwand generieren. Und darum verwundert mich deine Aussage schon ein wenig. Auch Kleinklassen sind sehr kosten- und personalintensiv und der entsprechende Schulraum muss auch noch zur Verfügung stehen. Die Volksschule ist eine Schule für alle und die Frage ist, für wen denn nicht, welche Kinder kann man nicht tragen? Wen möchte man separieren und warum? Aufgrund der gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse vor allem mit der Pauschalressourcierung muss unsere Schule weiterentwickelt werden. Darum hat unser Mitte-Grossrat, Jürg Baur, im November im Grossen Rat einen Vorstoss eingereicht, in dem der Regierungsrat aufgefordert ist, konkrete Massnahmen dazu zu ergreifen. Der Regierungsrat hat in der Folge schliesslich in der kantonalen Verordnung Nr. 428.513 beschlossen, dass "die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie die besonderen Förder- und Stützmassnahmen Teil des Bildungsauftrags der Volksschule sind". Aber dafür muss der Grosse Rat entsprechende und genügende Ressourcen zur Verfügung stellen. Unsere Schule muss mit den Kollegien dann diese Ressourcen pädagogisch wirksam einsetzen, sodass es gelingt, dass der Regelunterricht mit den nötigen Unterstützungsmassnahmen und Klassenlehrpersonen gestärkt werden kann. Die Tragfähigkeit von unserer Schule hat auch ganz viel mit Haltungen und Einstellungen zu tun. Wer nicht möchte, sucht Gründe, wer aber möchte, sucht nach Möglichkeiten.

Abstimmung

Das Postulat wird mit **9 : 29 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **nicht an den Gemeinderat überwiesen** und wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Eingänge**Anfrage von Patrik Feusi, EVP, betreffend Sicherstellung Einhaltung kommunales Kehrichtmonopol**

Herr Patrik Feusi reicht folgende Anfrage ein:

Wie an der letzten Einwohnerratssitzung vom 17. Oktober 2024 im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans ersichtlich wurde, ist nicht auszuschliessen, dass in absehbarer Zeit mit Gebührenerhöhungen im Bereich der Eigenwirtschaftsbetriebe "Wasserwerk" und "Abwasserbeseitigung" zu rechnen ist. Andererseits müsste geprüft werden, ob im Eigenwirtschaftsbetrieb "Abfallwirtschaft" eine Gebührensenkung an die Bevölkerung weitergegeben werden könnte.

Um überhaupt über Gebührenerhöhungen und/oder -senkungen nachdenken zu können, muss jedoch sichergestellt sein, dass überhaupt alle Gebühren gemäss den gültigen Gesetzen und den kommunalen Reglementen erhoben und eingefordert werden. In diesem Zusammenhang ist nachfolgende Anfrage zu verstehen.

Gemäss dem Umweltschutzgesetz (USG) vom 07.10.1983 hat der Bundesrat am 4. Dezember 2015 die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) erlassen. Gemäss Art. 3a, Abs. 2 dieser Verordnung gelten Abfälle von Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen, deren Zusammensetzung betreffend Inhaltsstoffe und Mengenverhältnisse mit Abfällen aus Haushalten vergleichbar ist, als Siedlungsabfälle. Siedlungsabfälle unterstehen dem Abfallmonopol gemäss Art. 31b USG, was bedeutet, dass die Entsorgung dieser Abfälle in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegt. Konkret heisst das:

- Gemeinden sind für die Sammlung und Entsorgung von Siedlungsabfällen zuständig
- Private Haushalte und kleinere Unternehmen (< 250 Vollzeitstellen) müssen ihre Abfälle dem kommunalen Sammeldienst übergeben.
- Die Gemeinden können die Ausführung der Entsorgung an private Unternehmen delegieren, behalten aber die Verantwortung

Gemäss dem Buchser Abfallreglement vom 30. März 2021 wird der o.g. Gesetzeslage Rechnung getragen und in § 17 Abs. 1 dieses Reglements wird klar und unmissverständlich festgehalten, dass brennbare Abfälle, bzw. dem Kehricht entsprechende Abfälle, aus der öffentlichen Verwaltung und aus Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen der kommunalen Kehrichtsammlung zu übergeben sind.

Der Gemeinderat ist um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

1. Kann der Gemeinderat bestätigen, dass alle Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen ihre Abfälle der kommunalen Kehrichtsammlung zuführen?
2. Wie stellt der Gemeinderat die Einhaltung von Art. 3a Abs. 2 der Abfallverordnung VVEA bzw. § 17 Abs. 1 des Abfallreglements auf dem Gemeindegebiet von Buchs sicher?
3. Sollte das Buchser Abfallreglement im o.g. Sinn noch nicht vollumfänglich eingehalten werden, bis wann strebt der Gemeinderat an, bzw. stellt er sicher, dass dem Reglement alle Buchser Unternehmen Folge leisten?

4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass Unternehmen, welche Recyclingcenter auf dem Gemeindegebiet von Buchs betreiben neben Wertstoffen auch Siedlungsabfälle annehmen, eine adäquate Konzessionsgebühr für das Abfallmonopol der Gemeinde Buchs entrichten?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Zur Frage 1: Der Gemeinderat kann das so nicht bestätigen. Er kann aber festhalten, dass allen privaten Haushaltungen und Unternehmen die Grundgebühr gemäss Tarifblatt zum Abfallreglement verrechnet wird. Von in Buchs gemäss Bundesstatistik insgesamt vorhandenen etwas über 400 gemeldeten Betrieben mit weniger als 250 Angestellten gibt es 31, von denen man vermutet beziehungsweise weiss, dass diese ihre Abfälle nicht im Container der kommunalen Kehrichtsammlung zuführen. Von diesen 31 Betrieben gibt es deren drei, von denen wir wissen, dass sie sich nicht gesetzeskonform verhalten. Man hat das in den letzten Jahren verwaltungsseitig toleriert, das war aber dem Gemeinderat so nicht bekannt. Unter den anderen 28 Betrieben gibt es Physiotherapien, ein Bauer, ein Verkaufsladen, von denen nicht bekannt ist, ob sie diese Abfälle in einer Menge abführen, dass sie einen Container brauchen oder ob sie den Abfall ganz normal in Säcken entsorgen. Es wäre ziemlich aufwändig, dies zu prüfen. Wir haben das bisher auch aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht gemacht.

Zur Frage 2: Nachdem das Thema jetzt aufgekommen ist, sind wir selbstverständlich bereit, das zu überprüfen. Wie gesagt, unser Werkhof meldet uns, wenn sie solche Feststellungen machen. Wir werden dem künftig mehr Beachtung schenken. Aber ich halte noch einmal fest, es ist wirklich schwierig, weil es ganz viele Betriebe gibt, die ganz normale Abfallsäcke nutzen und ihren Abfall so korrekt entsorgen.

Zur Frage 3: Das ist demnach eben nicht vollumfänglich eingehalten. Ich kann keinen genauen Zeitpunkt nennen, bis wann wir das umsetzen. Da braucht es auch Kapazitäten und es generiert einen ziemlichen Aufwand. Wir werden das im Laufe des nächsten Jahres angehen. Es wird aber bestimmt wieder zu Anfragen führen. Zuerst wird es wo angezeigt Gespräche geben, danach wird eine Verfügung erlassen. Aber wir sind durchaus bereit, das anzugehen, wir machen das ja auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel im Strassenverkehr.

Zur Frage 4: Wir haben mit beiden Firmen, die Abfälle entsorgen dürfen, Leistungsverträge abgeschlossen, diese laufen seit 2024.

Herr Patrik Feusi: Im Moment beantwortet, danke, ich bin gespannt auf den Bericht.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 9

Verschiedenes

Information von Herrn Gemeindepräsident Urs Affolter: In der letzten Sitzung wurde nach der Arealentwicklung Torfeld Nord gefragt. Wir haben mittlerweile eine Antwort vom Stadtrat Aarau erhalten. Wir haben eine Delegation bestimmt, die sich mit dem Stadtrat Aarau treffen wird, voraussichtlich im Februar 2025. Die Türen sind gemäss dem zugestellten Schreiben offen. Wir werden das Thema also wieder angehen können.

Informationen von Herrn Gemeinderat Joel Blunier: Auch im kommenden Neujahr gibt es wieder einen Neujahrsapéro, am 1. Januar 2025 im Forst. Das ist ein Anlass, der durch ein OK organisiert wurde, vom Gewerbeverein aus, von der Gemeinde aus und unterstützt auch hier durch die Ortsbürgergemeinde. Wir würden uns freuen, wenn viele zum Anstoss kommen würden, zwischen 13.30 Uhr und 16.00 Uhr im Forst.

Information von Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Am 5. Dezember kommt im Dorfmuseum der Samichlaus zu Besuch zwischen 17.30 Uhr und 18.30 Uhr. Das Dorfmuseum ist auch offen und beleuchtet mit Petrollampen und Kerzen, wie das früher so war im 19. Jahrhundert. Es lohnt sich also, das Dorfmuseum wieder einmal zu besuchen. Anschliessend gibt es Glühwein, Wienerli und Brot, sodass man gemütlich noch ein bisschen zusammen sein kann.

Herr Elias Fricker: Gibt es ein Update zum Sanierungsprojekt Brummelstrasse?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Bei diesem Projekt gingen einige Einsprachen ein, die Einigungsverhandlungen haben stattgefunden. Die Einsprachen wurden danach im Gemeinderat behandelt, der eine Überarbeitung verlangte, worauf sich die Verwaltung noch einmal damit befasste. Dann hat der Gemeinderat das Geschäft noch einmal geprüft und festgestellt, dass es wohl eine Neuauflage des Projekts erfordert, das ist aber noch nicht abschliessend entschieden. Namentlich auch, weil sich im Moment ein Projektpartner seine Ausbaupläne deutlich reduziert hat, jedenfalls mal in einer ersten Fassung. Wir sind diesbezüglich im Gespräch, wissen aber noch nicht, wie es weitergehen wird. Seitens Verwaltung sind die Einwendenden informiert worden per Mail. Im Moment wird nicht gebaut, wir haben das Submissionsverfahren abgebrochen. Wir werden zu gegebener Zeit, wenn ein bewilligtes und überarbeitetes Projekt vorliegt, wieder submissieren und nachher loslegen.

Herr Reto Bianchi: Gibt es auch ein Update zum Schulraum, weiss man schon, wie es da weitergeht?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Wir haben eine Bestellung auf ein konkretes Datum bekommen von der Schule, weshalb wir ja das Projekt vorgelegt haben, welches abgelehnt wurde. Jetzt hat der Schulvorstand zuerst die Schulraumplanung, die alle zwei Jahre wieder neu erfasst wird, verabschieden müssen. Ich weiss nicht, ob das bereits passiert ist oder in diesen Tagen passieren wird. Nachher werden wir mit dem Schulvorstand zusammenkommen, um zu schauen, wie die effektive Schulraumplanung aussieht, ob sich in der Schulraumplanung etwas in die eine oder andere Richtung geändert hat. Wie ich gehört habe, bewegen sich die Änderungen wieder in einem kleinen Rahmen. Wir werden dann schauen, wie es weitergeht bis wir ein neues Projekt haben, woran wir auch schon arbeiten. Braucht die Schule Raum, wieviel Raum, was genau brauchen sie auf das nächste Schuljahr gleich, da müssen wir dann Lösungen finden. Wir sind also im Gespräch und die Schule hat signalisiert, dass sie auf uns zukommen werden, damit wir schauen können, wie wir die Zeit, bis wir ein neues Projekt haben, überbrücken können. Das ist der aktuelle Stand. Wir arbeiten an verschiedenen Fronten, die Abteilung Bau Pla-

nung Umwelt, der Schulvorstand und wir und sind gespannt auf die verifizierten Zahlen aus der Schulraumplanung.

Verabschiedungen/Gratulationen

FDP	Philippe Gloor	Mitglied vom 01.01.2021 bis 31.12.2024	4 Jahre
-----	----------------	--	---------

Gratulation zur Hochzeit

Dariyusch Pour Mohsen wird zur Hochzeit mit Rocio Villaseñor Moreno vom 5. September gratuliert.

Gratulation zur Wahl in den Grossrat

Marius Fedeli wird zur Wahl in den Grossrat gratuliert.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 1. April 2025, um 19.00 Uhr statt.

Dank

Der Präsident dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 3. Dezember 2024

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Marc Jaisli

Andrea von Känel Briner